

Die Bezirkssynode im Kirchenbezirk Hochrhein hat in ihrer Sitzung vom 7.2.2025 mit großer Mehrheit folgenden Beschluss gefasst. Wir bitten, dass dieser Beschluss den Gemeindegliedern zeitnahe zur Kenntnis gegeben wird, z.B. durch Aushang, Auslegen und Abkündigung im nächsten Gottesdienst.

Für die Bezirkssynode

Felix Lohrer, Vorsitz

---

Die Mitglieder der Bezirkssynode des evangelischen Kirchenbezirks Hochrhein haben wahrgenommen, dass die beiden großen Kirchen sowie zahlreiche kirchliche Organisationen und deren zivilgesellschaftliche Partner sich sehr eindeutig gegen einen erneuten Versuch ausgesprochen haben, ein „Zustrombegrenzungs-gesetz“ im Bundestag durchzusetzen.

Dieses Gesetzesvorhaben ist wiederum gescheitert. Im Zusammenhang damit kam es zwei Tage zuvor zu einer Abstimmung im Bundestag, bei der VertreterInnen von Parteien der demokratischen Mitte es billigend in Kauf genommen haben, eine Mehrheit mittels Stimmen aus der Fraktion einer von Behörden und Gerichten in Teilen als rechtsextremistisch eingestuften Partei zu erhalten. Das erfüllt uns mit Sorge. Nach unserem christlichen Menschenbild und nach den rechtlichen Regelungen unserer Landeskirche darf es keine Diskriminierungen geben auf Grund von von Menschen nicht zu wählenden Gegebenheiten. Damit ist eine Zusammenarbeit oder eine wie auch immer gestaltete Unterstützung einer Partei ausgeschlossen, deren Programm und Praxis sich nicht an diesem Diskriminierungsverbot messen lassen kann. Ein in unserer Verfassung festgeschriebenes unverbrüchliches Asylrecht kann auch im Zusammenhang mit Debatten über Migration weder in den parlamentarischen Prozessen noch in der öffentlichen Kommunikation zur Disposition stehen.

Die Zuspitzung und verbale Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung besorgt uns.

Wir bitten

- die Gemeindeglieder an den demokratischen Wahlen teilzunehmen und Parteien zu wählen, die eindeutig auf der Grundlage unserer Verfassung stehen und die willens und fähig sind, mit allen anderen demokratischen Parteien eine verantwortliche Regierung für unser Land zu bilden;
- die politischen und gesellschaftlichen Akteure/Akteurinnen in unserem Umfeld, die politischen Debatten nicht zu eskalieren, sondern sich zu bemühen, auch andere Positionen nachzuvollziehen, wertzuschätzen und fair zu kommunizieren;
- die parlamentarischen Abgeordneten innerhalb unseres Kirchenbezirks, keine Zusammenarbeit mit Parteien zu suchen oder auch nur zuzulassen, die sich nicht eindeutig von Diskriminierungen distanzieren.

Wir bitten die Christen und Christinnen, sich in die politischen Prozesse so einzubringen, dass unser Land menschenfreundlich und ohne Hass gestaltet wird.

Waldshut-Tiengen, 7. Februar 2025